

Antrag

**der Abgeordneten Andrea Lederer, Dr. Hans Modrow und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

Initiative zur nuklearen Abrüstung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag erklärt das Territorium der Bundesrepublik Deutschland zum kernwaffenfreien Gebiet und bekräftigt die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, niemals und unter keinen Umständen Kernwaffen zu produzieren, zu erwerben und zu stationieren. Das schließt den Verzicht auf jegliche Teilnahme an einer multilateralen Verfügung über Kernwaffen ein.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in unverzügliche Verhandlungen mit den USA, Großbritannien, Frankreich und der UdSSR über die Gewährleistung des kernwaffenfreien Status der Bundesrepublik Deutschland einzutreten. Dabei ist anzustreben, mit der Verhandlungsaufnahme eine Erklärung der Stationierungsmächte über Zahl, Typen und Standorte ihrer Kernwaffen und Kernwaffeneinsatzmittel auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Der Rückzug der Kernwaffen und ihrer Einsatzmittel vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland soll bis zum 30. Juni 1992 realisiert sein.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Verhandlungen zur Errichtung eines internationalen Kontrollregimes über den kernwaffenfreien Status der Bundesrepublik Deutschland mit den Vereinten Nationen (VN) einzutreten. Das Verifikationsregime soll hinsichtlich seiner Effektivität, der Rolle der VN, der KSZE und der Initiativrechte von demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland selbst einen zukunftssträchtigen demokratischen Charakter erhalten.
4. Der Deutsche Bundestag beschließt zur Durchsetzung eines effektiven kernwaffenfreien Status der Bundesrepublik Deutschland und einer strikten Defensivität der Bundeswehr ein Verbot und die vollständige Abrüstung aller offensivfähigen Kampfflugzeuge bis 1996, darunter als ersten Schritt die sofortige Einstellung der Entwicklung des Jäger 90 und als zweiten Schritt die Abrüstung aller doppelt (nuklear und kon-

ventionell) verwendbaren Kampfflugzeuge bis zum 31. Dezember 1993. Die Kontrolle dieses Verbotes wird Bestandteil des internationalen Verifikationssystems zum kernwaffenfreien Status der Bundesrepublik Deutschland bzw. des CFE-Kontrollsystems.

5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gegenüber den Kernwaffenmächten auf ein Verbot aller taktischen Kernwaffen, einschließlich aller see- und luftgestützten, und ihrer Trägersysteme hinzuwirken.
6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für ein umfassendes und globales Verbot aller Rüstungs- und Technologieexporte mit direkter Relevanz für taktische Kernwaffen und Trägermittel jeglicher Art einzusetzen.

Bonn, den 22. Oktober 1991

Andrea Lederer

Dr. Hans Modrow

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Initiativen der Präsidenten Bush und Gorbatschow zur Verringerung der taktischen Kernwaffen haben neue Möglichkeiten für die Beseitigung aller nuklearen Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Mit den nuklearfähigen Kampfflugzeugen und ihrer atomaren Bewaffnung blieben jedoch die gefährlichsten, modernsten und destabilisierendsten Kernwaffen ausgeklammert.